

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

24.4.1929 (No. 95)

Expedition: Karlsruher-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postkontos Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. Menck, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verreibung, und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Kassenlage des Reichs

Einigung mit den Banken

Berlin, 24. April (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen mit den Banken des Reichs, um den Umlaufbedarf sicherzustellen, haben, wie wir hören, zu einem Abschluß geführt. Es wird ein dreimonatlicher Schatzwechselkredit in Höhe von 170 Millionen Reichsmark gewährt, der zum jeweiligen Lombardzinsfuß der Reichsbank zu verzinsen ist zuzüglich 1/4 Proz. Provision. Dieser Kredit ist im Juli abzudecken. Das wird dadurch möglich, daß der Juli ein guter Steuermonat ist, in dem Überschüsse vorhanden sind, so daß für ultimo Juli neue Kredite nicht aufgenommen zu werden brauchen. Schon im April ohne neue Kredite über die Kassen Schwierigkeiten hinwegzukommen, war dadurch unmöglich, daß die Arbeitslosenversicherung, die bis ultimo März einen Kredit von 260 Millionen Reichsmark in Anspruch genommen hatte, weitere Kredite in Höhe von 60 Millionen erhalten hat. Außerdem waren noch erhebliche Ausgabenreste vorhanden, die im April gezahlt werden mußten.

Der Kreis der Kreditgebenden Banken hat sich erweitert. Das Reich steht mit der Preußenkasse in Verhandlungen zwecks Rückzahlung des Hundertmillionenkredits, den die Preußenkasse für ultimo März und auch für ultimo April zur Verfügung gestellt hat. Das Reich erbittet eine neue Kreditermächtigung von 200 Millionen Reichsmark. Es handelt sich bei dieser neuen Ermächtigung um eine rein formelle Schwierigkeit, die durch die Stellungnahme der Reichsschuldenverwaltung entstanden ist.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding verhandelte Dienstag mittig in Berlin, wie angekündigt, mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Frage des Bankkredits für die Reichskasse. Die Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch und endigten mit der Vereinbarung, daß die Regierungsparteien ein Initiativgesetz einbringen werden, das die Anleihermächtigung des Reichs um 200 Millionen erhöht. Der Antrag der Regierungsparteien erhöht die im Art. 2 des Haushaltsgesetzes für 1928 auf 908 Millionen festgesetzte Anleihermächtigung (davon 250 Millionen für Darlehen an die Arbeitslosenversicherung) um 201,1 Millionen, sie erreicht also 1109,1 Millionen Reichsmark.

Der Zweck der Erhöhung ist, der Regierung die Möglichkeit zu geben, den weiteren Anprüchen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf Gewährung von Darlehen zu genügen. Da die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen trotz des saisonbedingten starken Rückgangs immer noch erheblich über der Grenze liegt, innerhalb deren die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Unterstützungen aus ihren eigenen Beitragseinnahmen finanzieren kann, muß nach wie vor, wie das seit Mitte Januar der Fall ist, das Reich einsteuhen mit Darlehen an die Reichsanstalt einspringen. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, war man sich bei der Erörterung der Angelegenheit innerhalb der Regierungsparteien darüber klar, daß im Sinne einer Umdeutung, die Dr. Hilferding bereits in seiner Rede im März gemacht hat, eine beschleunigte Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes notwendig sei, damit die Belastung der Reichskasse durch Darlehen auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werde. In welcher Richtung die Reform gehen soll, darüber scheinen allerdings die Meinungen noch auseinanderzugehen.

Die Westmittelmereifahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das wie gemeldet, Dienstag mittig 13.32 Uhr zu seiner Westmittelmereifahrt aufgestiegen ist, passierte um 13.50 Uhr Konstanz. Nachdem gegen 15 Uhr Basel überflogen war, wurde das Schiff um 16.50 Uhr über Chalon-sur-Saone gestrichelt. Die Schiffsführung hat sich wegen des immer noch unfreundlichen Wetters im Mittelmeergebiet entschlossen, den Kurs zunächst wieder westlich mit dem Ziel Gibraltar zu nehmen. Der Stand des „Graf Zeppelin“ war um 18.30 Uhr abends Montluçon (Ostfrankreich); Stand um 21 Uhr: Bordeaux mit Kurs über den Golf von Biscaya auf Kap Ortegal (Nordspitze von Spanien). 3 Uhr früh überflog das Luftschiff La Coruna. Das Wetter war nach einigen Regenschauern jetzt wieder klar und ruhig.

Lissabon, 24. April (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat auf seiner Westmittelmereifahrt um 10.30 Uhr die Stadt überflogen. Das Erscheinen des Luftschiffes über Lissabon bedeutete für die Bewohner der Stadt, die noch nie ein feindliches Luftschiff gesehen hatten, eine große Sensation. Vier Militärflugzeuge waren dem „Graf Zeppelin“ entgegengeflogen und begleiteten ihn auf seinem Flug über die Stadt.

Zum Lohnschiedspruch im Ruhrbergbau. Dem Schiedspruch, der den Bergarbeitern eine effektive Lohnhöhung bringt, werden die Arbeitgeber, deren Vertreter für den Schiedspruch gestimmt haben, zustimmen. Dagegen werden die Arbeitnehmer vorwiegend diejenigen Schiedspruch ablehnen, und zwar mit der Begründung, daß die Arbeitgeber von der Proz. Lohnzulage nur 0,65 Proz. tragen, den darüber hinausgehenden Teil aber das Reich in Form der den Arbeitnehmern zustehenden Subventionierung der Knappschaft übernimmt. Diese Unterstützung jedoch sei den Arbeitern bereits vor der Lohnhöhung zugesagt gewesen. Aus diesen Erwägungen heraus werden die Arbeitgeberkonferenzen, wie man annimmt, kommenden Sonntag den Schiedspruch ablehnen.

Letzte Nachrichten

Das landwirtschaftliche Notprogramm

Die Lage der Genossenschaften

B.D.Z. Berlin, 24. April. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms gab Präsident Kleyber (Preussische Zentralgenossenschaftskasse) einen Überblick über die finanzielle Lage der zentralen Stellen der Genossenschaftsverbände.

Die Verluste, insbesondere bei der Deutschen Raiffeisenbank und der Genossenschaftlichen Zentralkasse des Reichslandbundes, betragen etwa 60 Millionen Reichsmark. Die Verluste seien zu einem erheblichen Teile aus nichtgenossenschaftlichen Geschäften der Deflationzeit entstanden. Die eingeleitete Reorganisation des Genossenschaftswesens werde die Dezentralisation des Geldverkehrs bringen, daneben würde sich auch im genossenschaftlichen Unterbau die Notwendigkeit einer Verlustbereinigung herausstellen. Mit den erforderlichen Mitteln sei die Preußenkasse bereits zu einem großen Teile eingesprungen. Es sei erforderlich, namentlich die Mittel aus den im Vorjahre bereitgestellten 25-Millionen-Fonds heranzuziehen und durch die Verletzung des Genossenschaftswesens von der Last des toten Kapitals die Grundlagen für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens zu schaffen.

Reichsernährungsminister Dietrich erklärte, daß er Bedenken dagegen habe, die Reichsbeiträge von 25 Millionen Reichsmark lediglich zur Deckung der Verluste zu verwenden. Ein großer Fortschritt sei die Erkenntnis, daß eine Rationalisierung ohne Sanierung nicht möglich sei. Im übrigen hätte die Rentenbank-Kreditanstalt, die doch mitwirken müsse, eine klare Entscheidung bisher noch nicht getroffen. Das Reich könne den Betrag von 25 Millionen nur ausgeben, wenn diese beiden Banken sich an der Aktion beteiligen. Das Verfahren der Hilfsaktion sei vielleicht in der Weise zweckmäßig, daß die Entscheidung über die Verwendung der Reichsmittel dem Reichsernährungsminister obliege, und daß diese Entscheidung durch einen Ausschuß bei der Preußenkasse vorbereitet werde, in dem je ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums, der Preußenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt sitzen. Er könne die Sache jedenfalls vor dem Reichstag nur dann vertreten, wenn ihm bei der Verteilung der Mittel die Entscheidung zustehe.

Die Ausschüsse im Reichstag

B.D.Z. Berlin, 24. April. (Tel.) Nachdem man sich im Ausschusse des Reichstages über die Neuverteilung der Ausschüsse nicht einig werden konnte, unternimmt jetzt die Wirtschaftspartei einen neuen Vorstoß, um ihre Wünsche durchzusetzen. Sie hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht, der auch von der Sachlichen Volkspartei unterstützt wird: „Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt entsprechend der Mitgliederzahl der Fraktionen nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung.“

Preußen und die Reichsreform

Hessen gegen Braun

Der preussische Ministerpräsident Braun hat in einer Landtagsrede zur Innenpolitik erklärt, er könne die Pläne, die z. B. auf die Bildung eines Groß-Hessens oder eines Landes Niederhessen hinausläufen, nicht ernst nehmen. Auf dem Wege der Rationalisierung unseres Staatswesens gebe es keine Verschlagung oder Auflösung Preußens; der Weg führe nur über einen festen Kern, den das Preussische Staatswesen darzustellen habe.

Dazu bemerkt das Organ der heftigen Landesregierung, die „Darmstädter Zeitung“: „Es braucht gegenüber den Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten nicht betont zu werden, daß man über die Wege zur Reichsreform in Südwest- und Mitteldeutschland anderer Ansicht ist. Unseres Wissens hat Ministerpräsident Braun den großpreussischen Standpunkt in der Öffentlichkeit noch nie so fest, um nicht zu sagen schroff, vertreten wie dieses Mal.“

Severing für den Einheitsstaat

Im Reichswirtschaftsrat in Berlin sprach Dienstag nachmittag Reichsinnenminister Severing auf Einladung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller über das Thema „Deutscher Einheitsstaat, seine wirtschaftliche und weltwirtschaftliche Notwendigkeit und die Wege zu seiner Verwirklichung“. Der Minister warnte zunächst davor, Sparsanktionsmaßnahmen zu ergreifen, die in Wirklichkeit keine sind. Die Verwirklichung des Einheitsstaates würde aber eine beträchtliche Verbilligung des Verwaltungsapparates bedeuten. In der Hauptsache käme es darauf an, den Norden und den Süden, Bayern, Württemberg, Baden und Preußen zusammenzubringen. Da sei außerordentlich schwer, zumal Bayern in erster Linie aus Gründen der Stammesgenossenschaft dem Gedanken erheblichen Widerstand entgegensetze. Von einer Länderkonferenz sei nicht allzu viel zu erwarten. Ein Volkseinstimmförmige dann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn der Einheitsstaat so plastisch herausgestellt werden könnte, daß ihn auch der primitivste Wähler begriffe. Das Eigenleben der Länder lasse sich wegen der Reparationslasten durchaus nicht mehr aufrecht erhalten, auch wenn heute einzelne Länder noch so verzweifelt um ihre Selbstständigkeit kämpften, die sie in Wirklichkeit gar nicht mehr besitzen.

* Fortsetzung der Konferenz

In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz hat man sich erfreulicherweise auf den Beschluß hin geeinigt, die Beratungen fortzusetzen. Innerlich rechnet man aber doch noch immer mit der Möglichkeit, daß eine wirkliche Einigung unter den Sachverständigen nicht zustande kommt. Nur so läßt es sich verstehen, daß in der Vollziehung gestern ein Unterausschuß gebildet wurde, welcher den Auftrag hat, bereits den Konferenzbericht zu entwerfen. In diesem Bericht sollen die bisherigen Ergebnisse niedergelegt werden. Man geht davon aus, daß ja in verschiedenen wichtigen Punkten — vor allem organisatorischer Natur — Einmütigkeit erzielt wurde. Was die anderen Punkte betrifft, so soll die Berichterstattung darüber noch offen bleiben. Und inzwischen soll versucht werden, in vertraulichen Besprechungen der Sachverständigen untereinander eine Einigung über diese Punkte herbeizuführen.

Die Entscheidung ist also gewissermaßen vertagt worden. Da man allerseits eine Verständigung wünscht und nicht ganz ohne Hoffnungen ist, hat man es für das Wichtigste gehalten, Zeit zu gewinnen. Diese Zeitspanne wird etwa zehn bis vierzehn Tage umfassen: in den zwei Wochen wird der Unterausschuß seinen Bericht auftragsgemäß beendet haben. Bis dahin muß also Klarheit geschaffen worden sein, ob man sich einigen kann oder nicht.

Der Unterausschuß der Reparationskonferenz hat gestern seine erste Sitzung abgehalten. Er setzt sich wie folgt zusammen. Für Deutschland Dr. Schacht, für Frankreich M. Morreau, für England Josiah Stamp, für Amerika Owen D. Young, für Italien Pirelli, für Belgien Franqui und für Japan Mori.

Der Pariser „Temps“ glaubt, die Aufgaben des Unterausschusses wie folgt kennzeichnen zu können: Es handele sich zunächst um das Statut der Bank für internationale Zahlungen, die beauftragt sein werde, die deutschen Zahlungen auf Reparationskonto entgegenzunehmen, sie zu transferieren und unter die Gläubiger zu verteilen, des weiteren die Kommerzialisierungsanleihe anzulegen und ihren Zinsendienst sicherzustellen. Diese Bank werde außerdem den Ländern Kredite eröffnen können, in sämtlichen Ländern, einschließlich Deutschland Gelder anlegen, die Entwicklung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft fördern und infolgedessen die Besserung der wirtschaftlichen Bedingungen ermöglichen können. Es handele sich auch um die Unterteilung der deutschen Annullitäten in zwei Teile, von denen der eine ungeschuldet kommerzialisieren werden könne, während der andere einen in einer Klausel festgelegten Transfer- oder Moratoriumsschutz weiterhin genießen werde.

Neht interessant ist die Tatsache, daß die Pariser Morgenblätter im Allgemeinen den Beschluß der Reparationskonferenz billigen und es begrüßen, daß damit die notwendige Zeit zu einem nochmaligen Verständigungsversuch genommen wurde. Der „Matin“ schreibt: Wenn Dr. Schacht auch, falls ihm an einem Erfolg liegt, sehr weitgehendes Entgegenkommen zeigen muß, so können die anderen ihm doch dabei helfen, und es wird immer wahrscheinlicher, daß sie das nur können, wenn sie die Mittel suchen, um die Hilfsquellen Deutschlands mit Hilfe der Tätigkeit der internationalen Bank zu mehren, und wenn sie in zweiter Linie, wenn sie auch die Mobilisierung von 13 Milliarden Reichsmark für die Reparationen fordern müssen, zu jeder Regelung des Annullitätenteils, der für die Schulden in Frage kommt, bereit sein müssen, unter der einzigen Bedingung, daß die Zahlungen an Amerika nicht ihr eigenes Budget belasten.

Das ist eine Auslassung, die nicht nach schroffer Ablehnung klingt. Ebenso beachtenswert ist die Äußerung eines anderen Blattes, des „Populaire“, in welchem der Sozialistenführer Leon Blum schreibt: „Selbst wenn in 14 Tagen keine Verständigung erzielt werden sollte, selbst wenn die Konferenz auseinander geht, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben, würde niemand das Recht haben, zu verzweifeln. Die Initiative würde alsdann von den Sachverständigen auf die Regierungen, und besonders auf die amerikanische Regierung, übergehen. Niemand, der unterrichtet ist und klar denkt, hat sich einbilden können, daß die Arbeiten der Konferenz ohne gleichzeitige Konzeptionen der Deutschen, der Alliierten und der Vereinigten Staaten Erfolg haben würden. An dem Tage, an dem die direkte Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten sich als unmöglich erweist, muß man Hoff-

fen, daß die Vereinigten Staaten die Pflicht begreifen, die ihnen ihre wirtschaftliche Souveränität und die europäischen Notwendigkeiten auferlegen."

Inzwischen wollen wir uns durch die verständigen Pressestimmen aus Paris um Gottes Willen nicht zu einem Optimismus verführen lassen. Denn es gibt daneben auch andere Äußerungen, die klar erkennen lassen, daß wohl doch der größte Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich die Unterwerfung Deutschlands unter die bekannten Forderungen der Gläubigerstaaten verlangt. Die Erfüllung eines solchen Verlangens ist, wie wir schon mehrfach betont haben, völlig ausgeschlossen. Mit allem Nachdruck müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß das Angebot der deutschen Delegation das Äußerste darstellt, was Deutschland zahlen kann. Wahrscheinlich ist sogar die von Dr. Schacht genannte Summe von 1,65 Milliarden pro Jahr schon zu hoch. Richtig bleibt natürlich das eine, daß die deutsche Leistungsfähigkeit steigen müßte, wenn die Gläubigerstaaten uns diese oder jene Erleichterung gewähren. Werden sie das tun?

Aus dem Reichstag

Die Renten der Standesherrn — Die Reichsregierung und Paris — Ruhegehälter

Der Reichstag überwiegt am Dienstag den Gesetzentwurf zur Regelung älterer staatlicher Renten dem Rechtsausschuß. Dieser dem offiziellen Titel verbirgt sich die Vorlage, mit der die aus uralten Zeiten stammenden Renten der besessenen Fürsten und Standesherrn abgelöst werden sollen. Nach dem Gesetz sollen diejenigen Renten entschädigungslos wegfallen, die als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust standesherrlicher oder landesherrlicher Rechte, verlorene Wäldereigentumsrechte und ähnliche Vorrechte aus alter Zeit begründet sind. Im übrigen sollen die Rentenbeträge festgesetzt werden, für den Verlust von Grundbesitz und beim Vorliegen bestimmter Unterhaltslasten bis auf 25 Proz.

Ohne Aussprache wurden das deutsch-rumänische Zivilprozessabkommen, der Weltfunkvertrag und das internationale Übereinkommen über die Festsetzung von Mindestlöhnen in dritter Beratung angenommen.

Dann begann die zweite Beratung des Etats für 1929 mit dem Haushalt des Reichspräsidenten. Nach einer kommunistischen Angriffssprache gegen den Reichspräsidenten wurde dieser Haushalt bewilligt, ebenso ohne Aussprache der Haushalt des Reichstages.

Beim Haushalt des Reichskanzlers kritisierte Abg. Graf Westarp von der Deutschen Nationalen Volkspartei die Regierung, die er trotz der in den Osterferien vollzogenen Ergänzung als wenig fest fundiert bezeichnete. Er sprach hier deutlich sein Mißtrauen aus, erklärte aber, daß seine Freunde im jetzigen Augenblick kein formales Mißtrauensvotum einbringen würden. Bei einer Besprechung der Pariser Reparationsverhandlungen stimmte er den jüngsten Ausführungen des preußischen Ministerpräsidenten Brauns zu und verzichtete um so schärfer die Forderung der sozialdemokratischen und eines Teiles der demokratischen Presse.

Reichskanzler Müller betonte in einer kurzen Erwiderung, daß die jetzige Regierung durchaus arbeitswillig und arbeitsfähig sei. Er begrüßte es, daß die durchaus von der Regierung unabhängigen deutschen Sachverständigen trotz aller Schwierigkeiten die Pariser Verhandlungen fortsetzen wollten. Wie auch der Ausgang dieser Verhandlungen sei, die Politiker würden unter allen Umständen noch zusammenkommen müssen. Es folgte nur noch eine kommunistische und eine nationalsozialistische Oppositionssprache, dann wurde der Haushalt des Reichskanzlers in der Ausschussfassung bewilligt.

Der dann folgende Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter brachte wie in jedem Jahre eine ausführliche Debatte. Von allen Rednern wurde betont, daß trotz der großen Finanzlast, die dem Reiche aus der Versorgung der Kriegssoldaten erwächst, bei der Erfüllung dieser vaterländischen Pflicht nicht gespart werden dürfe. Eine bessere Unterbringung der aus dem Dienste scheidenden Angehörigen von Reichswehr und Polizei wurde verlangt. Eine große Rolle spielten in der Aussprache auch die von den verschiedenen Parteien verschieden beurteilten Wünsche auf Neuregelung der Pensionen. Der Ausschuss hat in einer Entschließung die Regierung um Vorlegung eines Pensionsgesetzes für politische Beamte ersucht.

Am heutigen Mittwoch um 15 Uhr soll die Aussprache weitergehen. Auf der Tagesordnung steht auch ein von den Regierungsparteien neu eingebrachter Antrag, der die Anleihermächtigung für die Regierung um 200 Millionen erweitern will, um das Kassenkonto des Reiches zu deden.

Tanzabend der Karlsruher Fachschule H. J. Fürstenau

Die Erscheinungen des Komplexes, den man unter dem Begriff „Moderne Tanzkunst“ zusammenzufassen pflegt, sind so mannigfaltig, daß sie im allgemeinen kaum richtig in ihrer Sonderart erkannt werden können und deshalb meist auch einem falschen Wertmaßstab unterliegen. Die Fachschule nun, die der Ballettmeister des badischen Landestheaters, Harald Josef Fürstenau, hier begründet hat, will allerdings Tänzer und Tänzerinnen erziehen, diese jedoch vorwiegend für den Theaterberuf vorbereiten. Dies ist nun immerhin ein Programm, das sich gegenüber übertriebenen Ankündigungen so mancher Schüler nicht nur durch exaktere Formulierung auszeichnet, sondern bezüglich des anzustrebenden Zieles auch durch bescheidene Aufrichtigkeit überzeugt. Aber es ist zweifellos durchaus keine zweitrangige Angelegenheit, wenn sich in ihrem Darstellungstil eine Tanzgruppe stets nur erinnert, daß sie im Grunde sich abfolgt den höheren Theatervorgängen unterzuordnen habe.

Damit ist eigentlich schon erklärt, warum man wenigstens bei der Ausbildungsstufe auf das Zutagetreten jeglichen Persönlichkeitswunders ganz gern verzichtet und sowohl bei den mehr theoretischen Darbietungen des ersten Teiles wie bei den Einzeltänzen der zweiten Hälfte des Programms vor allem auf die technische Ausführung achtete. Und da ergab sich nun das erfreuliche Resultat, daß hinter allen tänzerischen Leistungen, mit denen sich die Fachschule Fürstenaus im Künstlerhaus vorstellte, unbedingt ernste Schaffensarbeit steht, ja daß selbst in der geschickten Ausnützung des — freilich recht primitiven — Bühnenraumes kaum eine Nummer der umfangreichen Vortragsfolge versagte. Wir haben zwar einige Tanzabende Fürstenaus in der Erinnerung, wo das gerade nicht immer der Fall war, müssen jedoch jetzt bekennen, daß

Der endgültige Reichswirtschaftsrat

Am Dienstag hat im Reichstag unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius eine Besprechung mit den Sachreferenten der Regierungsfaktionen über die Gestaltung des Gesetzentwurfes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat stattgefunden.

Die Besprechung hatte das Ziel, eine Verständigung der Regierungsparteien untereinander über die Art der Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates herbeizuführen, wobei auch die Tendenz bemerkbar war, den Vorschlägen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates selbst in weitem Umfange Rechnung zu tragen. Die Faktionen werden sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf und dem Ergebnis der gestrigen Beratungen beschäftigen. Bemerkenswert ist, daß auch andere Parteien außer den Regierungsparteien dem Gesetzentwurf zustimmen müssen, das als verfassungsänderndes Gesetz eine Zweidrittelmehrheit zur Annahme verlangt.

Der Talsperrenbau in der oberen Saale. In Berlin ist von den Vertretern des Deutschen Reiches und der Länder Preußen und Thüringen der Vertrag über den Bau der Talsperre in der oberen Saale unterzeichnet worden. Es sollen zwei Großwerke errichtet werden, die geeignet sind, fast den gesamten Wasserabfluß der Saale während eines Jahres aufzustauen und ebenso auf der eine Seite zur Verringerung der schädlichen Hochwasser der Elbe und der Saale selbst beizutragen, wie andererseits zur Anreicherung der Elbe bzw. des Mittellandkanals zu dienen. Die Gesamtanlage erhält einen Stauraum von rund 400 Millionen Kubikmeter.

Der beleidigte Hölz. Das Amtsgericht in Neustadt a. S. hat in der Privatbeleidigungssache, die Max Hölz gegen den Redakteur des „Pfälzischen Kurier“ angestrengt hatte, den Hauptschriftleiter Fränkel zu 130 M Geldstrafe oder zehn Tagen Haft verurteilt. Zum Strafmaß sagt das Urteil, es handele sich um schwere Vorwürfe. Man möge zu den Laten des Hölz sich stellen wie man wolle, so dürfe man doch den politischen Gegner nicht mit Vorwürfen überhäufen, deren Richtigkeit nicht nachgewiesen werden könne. Wenn das Gericht trotzdem zu einer geringen Geldstrafe gelangt sei, so geschähe es deshalb, weil der Privatkläger kein Interesse an einer hohen Bestrafung der Beschuldigten gezeigt habe.

Die amerikanischen Einwanderungsquoten. Im Einwanderungsausschuß des amerikanischen Bundes senats stellte Senator Reed den Antrag, die Beratung der eingereichten Gesetzentwürfe betr. Aufhebung bzw. Aufschub der neuen Einwanderungsquoten auf unbestimmte Zeit, d. h. für die ganze Dauer der Sondersession des Kongresses, zu vertagen. Dieser Antrag wurde mit 4 gegen 2 Stimmen angenommen und eine Beschlußfassung des Ausschusses zur Sache selbst dadurch unmöglich gemacht. Das Einwanderungsgesetz wird somit, wenn nicht noch unvorhergesehene Ereignisse eintreten, am 1. Juli in Kraft treten.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Botschafter beim Prinzen von Wales. Der Prinz von Wales gab Dienstagabend im St. James-Palast zu London ein Essen, zu dem u. a. der deutsche Botschafter Dr. Schamer und Gattin, der bormalige amerikanische Staatssekretär Kellogg und Gattin und Lord d'Abernon geladen waren.

Für das Bundeskanzleramt in Österreich soll Professor Mittelberger als Kandidat vorgeschlagen werden. Er war früher Obmann der christlichsozialen Parteioffiziation in Vorarlberg und gehörte von 1919 der Vorarlberger Landesregierung an.

Englische Ozeanreise. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Ingenieure der Cunard Line gegenwärtig damit beschäftigt seien, Pläne für zwei Ozeanreisen aufzustellen, die zum mindesten eine Verdrängung von 75 000 Tonnen haben sollen. Es werde erwartet, daß diese Schiffe allen anderen Ozeandampfern an Schnelligkeit überlegen sein würden.

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Studenten in Lemberg kam es in einem dortigen Restaurant. Die Angehörigen zweier Verbände gingen mit Säbeln und Napieren aufeinander los. Es wurden auch Revolververletzungen gemeldet. 36 Studenten wurden verwundet, darunter 17 schwer.

Sinrichtung durch die mexikanischen Aufständischen. Zwei Mexikaner, die beschuldigt wurden, Espione im Dienste der mexikanischen Regierung zu sein, wurden in Nogales (Sonora) auf Befehl der militärischen Behörden der Aufständischen hingerichtet.

Aufhebung der Exterritorialrechte in China. Wie dem „Daily Telegraph“ gemeldet wird, hat die Nanjing Regierung die Vertreter der Hauptmächte in China offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß China beabsichtigt, vom 1. Januar 1930 ab die Exterritorialrechte der Ausländer aufzuheben. Sollten die Mächte bereit sein, zu einer freiwilligen Einigung zu gelangen, so schlage China vor, daß die entsprechenden Maßnahmen einseitig für alle Mächte getroffen werden sollen.

er als choreographischer Leiter in der Tat das Geschick eines amübierten im Handwerkerlichen sicheren Könners besitzt. Allerdings, auch heute noch scheint uns die Verbindung alter und neuer Elemente, die er anstrebt, zuweisen nicht ganz klar und die auf ihn zurückzuführende tänzerische Auswertung einer Melodie oft noch zu anekdotenhaft, oder literarisch, aber das sind kleine Sünden wider den Tanzgeist, die im Verhältnis zu seiner großzügigen, wohlüberdachten Methode, wovon insgesamt der Abend ein recht günstiges Zeugnis gab, wenig bedeuten. Jedenfalls hielt die bunte Reihenfolge der Darbietungen bis zum Ende, was sie gleich zu Anfang versprach: Sie war eine Projektion der aktuellen Tanzprobleme. Zwecklos daher, die Namen der einzelnen Mitwirkenden von der Ausbildungsstufe (durchgehends körperlich recht gewandtes und stark begabtes Material) oder die Beteiligten aus Laienflecken anzuführen; nur erwähnt sei, daß Kurt Köhler am Klavier für sichere und musikalische Unterstützung sorgte und daß die geschmackvolle Kostümierung — für manchen Tänzer und Tanz nicht unwichtig — von Alexander Feing stammt. S. Sch.

Amfelm-Feuerbach-Ausstellung in Karlsruhe. Die Badische Kunsthalle, die bekanntlich neben ihren reichhaltigen Beständen des öfteren mit hochwertigen Sonderausstellungen hervortritt, wird anlässlich des 100. Geburtstages von Amfelm Feuerbach eine Feuerbach-Gedächtnisausstellung zeigen. Die Ausstellung, die am 12. Mai auf die Dauer von etwa 6 Wochen eröffnet wird, umfaßt eine Auswahl der bedeutendsten Gemälde und Sandzeichnungen des Meisters aus öffentlichen und Privatbesitz, worunter sich zum Teil bisher ungezeigtes Material befindet.

Das Rheinmuseum in Istein, das die kulturellen Gegenstände des Oberrheingebiets ansammelt, wird Anfang Juni offiziell eröffnet werden. Die Sammlungen sind in letzter Zeit durch schöne geschichtliche Gegenstände vermehrt worden.

Badischer Teil

Die Rheinregulierung

Sitzung der Zentralkommission

Über die Tagung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in Straßburg wird durch Havas berichtet, die Kommission habe den größten Teil ihrer Tagung der Revision der Mannheimer Akte vom 17. Oktober 1868 gewidmet und diese Revision in erster Lesung beinahe beendet.

Die deutsche und die schweizerische Delegation haben Erklärungen abgegeben über die Rheinregulierung zwischen Straßburg-Neck und Istein. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß die zwischen Deutschland und der Schweiz angebahnten Verhandlungen zu einem endgültigen Einvernehmen zwischen diesen beiden Ländern geführt haben. Wie es in dem Beschluß der Kommission vom 29. April 1925 vorgesehen war, haben sich die deutsche und die schweizerische Regierung verpflichtet, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Schifffahrt während der Ausführung der Regulierungsarbeiten durch diese keine nennenswerte Behinderung erfährt und auf eigene Kosten alle schädlichen Folgen zu beheben, die für den bereits regulierten Teil der Wasserstraße unterhalb Straßburg durch die Ausführung und das Bestehen der Regulierungsarbeiten oberhalb Straßburg-Neck entstehen könnten.

Die Badische Rheinregulierungskommission und die Société Suisse de Remorquage waren an die Zentralkommission mit gewissen Beanstandungen der Schiffbarkeit des Rheins an der Baustelle für das Rember Stauwerk herangetreten. Hierzu hat die Kommission von der Erklärung der französischen Delegation Kenntnis genommen, daß alle nötigen ergänzenden Maßnahmen im Interesse der Schifffahrt ergriffen werden sollen.

Badischer Landtag

Haushaltsausschuß

Dr. Glodner u. Gen. stellen den Antrag, daß Baden für die Angestellten im Bereich der badischen Staatsverwaltung eine zusätzliche Alters- und Invalidenversicherung, ähnlich wie im Reich, einzurichten soll. Der Berichterstatter Kludert hob hervor, daß dadurch für den badischen Staat ein jährlicher Aufwand von 210 000 M erwachse, der bei einer Ausdehnung der Zusatzversicherung für die Staatsarbeiter sich auf 500 000 M erhöhen würde. Die Regierung möge im Sinne des Antrags mit den gewerkschaftlichen Verbänden verhandeln und evtl. die Verhandlungen auch auf die Staatsarbeiter ausdehnen. Die Abgeordneten der verschiedenen Parteien stimmten dem Antrag zu. Die Abstimmung wurde vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Abgeordneten von A. u. Gen. beantragten Maßnahmen zur Änderung der Art der durch Frostschäden betroffenen Hauseigentümer. Begehrt wird die Hergabe von Gemeindegeldern und Nachlaß der Gebäudesondersteuer. Der Berichterstatter beantragt, den von Kludner Antrag als durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ein Gesuch der Tierärztekammer in Lörrach über das freiwillige Tuberkuloseuntersuchungsverfahren bei Kindern wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Verschiedene Gesuche wegen Befähigung der Gemeinde- und Kreiswege durch Verkehrsleitungen im Redartal werden, da es sich um Umleitungen handelt, die durch hessische Behörden veranlaßt sind, für erledigt erklärt.

Abwehr der Einschleppung der Kirchsfliege

Am 15. Mai d. J. wird die mit Zustimmung des Reichsrats erlassene Reichsverordnung zur Abwehr der Einschleppung der Kirchsfliege in Kraft treten, wonach die Einfuhr von rohen Kirchsfliegen, die von Kirchsfliegenmaden befallen oder des Befalles verdächtig sind, über die Zollgrenzen des Reichs bis auf weiteres verboten ist. Rohe Kirchsfliegen dürfen von diesem Zeitpunkt an nur noch über die von der Reichsregierung bestimmten Zollstellen und nur unter der Bedingung eingeführt werden, daß jede Kirchsfliegenmaden von einem von der Gemeindebehörde des Ursprungsorts ausgestellten Ursprungszeugnis und weiter von einem Zeugnis eines amtlichen Pflanzenschutzfachverständigen des Ursprungslandes begleitet ist, aus dem hervorgeht, daß die in der Sendung enthaltenen Kirchsfliegen von einem amtlichen Pflanzenschutzfachverständigen untersucht und frei von Kirchsfliegenmaden befunden worden sind. Ferner muß eine an der Zollstelle auf Kosten des Verspächten vorgenommene Untersuchung auf Kirchsfliegenmaden die Unbedenklichkeit der Sendung ergeben.

Aus der badischen Industrie

Lohn- und Tarifeinigung im Forstheimer Schmelzwaren- und Metallarbeiterverbänden vor dem Schlichtungsausschuß eine Vereinbarung getroffen, nach der der Tarifspitzenlohn ab 1. August 1929 von 81 Pf. in der Stunde um 2 Pf. und vom 1. November d. J. an um einen weiteren Reichspfennig erhöht wird. Auch die Bekleidungsbeihilfe hat eine Änderung infolgedessen erfahren, als vom 1. August 1929 an in den ersten zwei Lehrjahren die Erhöhung 1 Pf. und in der übrigen Lehrzeit 2 Pf. pro Stunde beträgt. Weiter ist die Abfordrgrundlage von 92 Pf. ebenfalls vom 1. August 1929 an, um 2 Pf. und vom 1. November d. J. an um einen weiteren Reichspfennig erhöht worden. Die nunmehr getroffene Vereinbarung ist bis 1. Mai 1930 gültig. Der Manteltarif, der von seiten der Metallarbeiterverbände gefordert worden war, ist bis zum gleichen Zeitpunkt 1930 verlängert worden.

Kleine Chronik

In der Bronzefabrik Eckersmühlen in Roth bei Nürnberg entstanden im Anschluß an einen kleinen Brand drei Aluminiumausbelegungen. Eine Wandmauer der Fabrik wurde zur Seite gedrückt, die Inneneinrichtung stark beschädigt, die Dächer zerrümmert. Eine in der Nähe liegende Scheune wurde durch die Explosion abgedeckt. Von den Arbeitern ist niemand verletzt.

In Meibersdorf (Ruhrgelände) wurde das fünfjährige Kind eines Drehers von einer Dogge angefallen und zerstückelt. Das Kind ist gestorben.

Der Direktor und zwei Angestellte einer Filiale der Société générale de crédit industriel et commercial in Paris sind wegen Unterschlagung von 10 Millionen Franken Hundengeltern, die sie zu eigenen Spekulationen an der Börse benutzten, verhaftet worden.

Drei Kinder einer Familie fanden in der Nähe von Brüssel ein verrostetes Artilleriegeschütz, das explodierte und die Kinder in Etüde riß.